



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wütschke: Polen in politisch-geographischer Beleuchtung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Polen in politisch-geographischer Beleuchtung

Von Dr. Wütschke



eder selbständige Staatsorganismus ist die Verkörperung einer aus dem Zusammenwachsen und der inneren Festigung von Volk und Lebensboden erstandenen und von ihm getragenen „politischen Idee“, die in den einzelnen Staatswesen je nach der Verschiedenheit der ethnischen und wirtschaftlichen Grundlagen verschieden sein muß. Bald geben die einen, bald die anderen den Ausschlag. Sie bestimmt das politische Verhältnis des Staates zu seinen Nachbarn und weist der politischen Entwicklung Weg und Richtung unzweideutig zu.

Die politische Idee des neuen Königreiches Polen beruht auf der Einheitlichkeit der Nationalität. Die hundertjährige Sehnsucht nach der Wiedererstehung des alten mächtigen Piasten- und Sargellonenreiches hat seit der Zeit der Aufteilung diesen Grundton der polnischen politischen Idee immer lauter und reiner erklingen lassen. Aber die Verkörperung dieser politischen Idee, wie sie in dem neu errichteten Polen von den Mittelmächten geschaffen ist, hat ihre volle Auswirkung der Idee nicht ergeben. Diese war vielmehr von vornherein beschränkt und beengt durch die vor der Errichtung des Königreiches bestehenden politischen Verhältnisse der Mittelmächte und durch die im Kriege neu geschaffenen. Dabei ist beiden, Deutschland und Osterreich, eine grundsätzlich verschiedene Stellungnahme eigen, die sich aus deren leitender „politischen Idee“ ergibt. Deutschland ist ein ausgesprochener Nationalstaat, der bestrebt ist, die im Verhältnis zu seiner deutschen Bevölkerung geringfügigen fremden Bestandteile in sich organisch aufzunehmen; ob der Weg, den zu diesem Ziele die deutsche Polenpolitik eingeschlagen hat, der richtige ist, das zu untersuchen, ist hier nicht der Platz. Osterreich ist ein in seinen Nationalitäten auseinanderstrebender Staat, dessen politische Idee in einer möglichst engen Ausgleichung der Nationalitätsgegensätze zur Auswirkung kommt. Der Verlust und das Ausschneiden einer der Nationalitäten kann ihm unter Umständen nur zugute kommen; daher der verhältnismäßig leichte Entschluß, Galizien mit seiner polnischen Bevölkerung aus dem östereichischen Staatsverbände zu entlassen, worauf Professor Bornhak in seinem Aufsatz in den „Grenzboten“ (1917, Nr. 48) hinweist.

Im Hinblick auf diese Verhältnisse erwies sich von vornherein die deutsche Grenze, Polens Westgrenze, als eine starre, feste, unverrückbare Linie von Schlessien bis nach Ostpreußen, deren Antastung überhaupt niemals in Frage kommen konnte. Sie war von vornherein eine feste, undurchstoßbare Mauer gegen eine volle Auswirkung der politischen Idee, die in der Einbeziehung aller Polen ihre höchste Entwicklung und Bejahung sehen muß. Ihre volle Auswirkung war, da man von Anbeginn mit einer Nachgiebigkeit der gegen Osterreich liegenden Grenze rechnen konnte, nur nach Süden und nach Osten gegeben. Vor allem nach Rußland hinein konnten die kriegerischen Erfolge der Mittelmächte sie voll in Erscheinung treten lassen.

Die in dem polnischen Staat verkörperte politische Idee hat sich also von vornherein eine Einschränkung gefallen lassen müssen. Sie ist gebunden, ihre

volle lebendige Kraft ist einseitig beengt; sie ist in eine einseitige räumliche Auswirkung gepreßt, weil sie nicht aus der inneren Entwicklung des polnischen Volkes erstand und zur Verkörperung gelangen konnte, sondern ihre Auferstehung und ihr Leben fremden, anders empfindenden Großmächten verdankt. Die Polen in Schlesien, Posen, Preußen waren von Anbeginn dazu verurteilt, außerhalb der Verwirklichung der polnischen politischen Idee zu bleiben, obwohl sie eine ethnische Grenzscheide von der in Neu-Polen ansässigen Nation nicht trennt.

In diesem Ausschneiden der „deutschen“ Polen liegt von vornherein die polnische Gefahr für uns. Jede politische Idee drängt zur vollsten Auswertung und Wirkung der in ihr ruhenden Kraft. Die in Neu-Polen verkörperte und zur Wesenheit gewordene politische Idee muß, will sie den Staatsorganismus nicht von Anbeginn seiner Geburt an zu einem Scheindasein verdammen, auf ihre volle Auswertung drängen. Wenn schon heute die polnische Sehnsucht bis nach Danzig reicht, so beweist das aufs deutlichste die Richtung, in die die politische Idee über die volle Auswertung hinaus einzulenken bestrebt ist.

Wie weit die räumliche Ausweitung, welche durch die wie eine politische Zwangsjacke wirkende deutsche Reichsgrenze nach Westen und Norden behindert ist, sich nach Osten ausdehnen wird, steht ebensowenig noch fest, wie die Grenzföhrung im Süden und Nordosten. Grundlegend kann hier nur die Nationalitätenfrage sein, so daß nach diesen Seiten hin sehr wohl die Möglichkeit gegeben ist und wohl auch zur endgültigen Festlegung föhren wird, die politische Staatsgrenze annähernd mit der Linie der vollen Auswertung der politischen Idee zusammenfallen zu lassen. Im Osten besteht sie bereits insofern, als die den Kern Neu-Polens abgebenden Gouvernements Russisch-Polens in der Föhrung ihrer Ostgrenze ziemlich scharf dem Nationalitätengedanken Rechnung tragen. Sie nehmen im ganzen die polnische Bevölkerung rastlos in sich auf, ohne andererseits zu viel Russen einzuschließen. Eine den Bug ostwärts überschreitende Ausweitung dürfte daher kaum in Frage kommen, wenn auch die Pripejsümpfe und der Bjelowejcher Urwald als schützender Grenzsaum willkommen wären, eine Rolle, die sie aber auch zu spielen vermögen, ohne daß sie politisch dem Neuen Polen unmittelbar zugeteilt wären.

Im Süden deckt sich die ethnische Grenzscheide mit der orographischen nahezu vollständig. Der Karpathenwall steckt der polnischen politischen Ausdehnung ein Ziel, wie er die Grenze der ethnischen ist. Die Loslösung Galiziens von Österreich und seine Eingliederung in Polen entspricht daher nicht nur dem Grundsatz der polnischen Nationalitätsfrage, sondern sie befreit Österreich auch von einer unnatürlichen Nordostgrenze, unnatürlich deshalb, weil sie über den Hauptkamm von innen nach außen hinübergreift und so Galizien als einen unorganischen Reichsbestandteil ohne ernste Verteidigungsmöglichkeiten ließ, wie die Kriegsergebnisse von 1915 ja auch bewiesen. Wesentlich anders liegen die Verhältnisse der Grenzföhrung Polens im Norden. Soweit Preußen in Betracht kommt, ist davon schon gesprochen. Auf russischem Boden bleibt es noch zweifelhaft, ob die bisherigen Gouvernements Suwalki, das politisch zu Russisch-Polen gezählt wird, und Grodno dem neuen Staat einverleibt werden sollen oder nicht. Legt man wiederum die Verwirklichung der politischen Idee nach Zusammenschluß der ethnischen Grenze mit der politischen Auswertungslinie zugrunde, so müßten beide außerhalb

bleiben, da nur der äußerste Südwesten Suwalkis, Grodno aber gar keine Polen beherbergt.

Das eigentliche bisherige Russisch-Polen, das den Kern Neu-Polens zu bilden hat, besteht aus den Gouvernements Kalisch, Kielze, Lomza, Lublin, Petrikau, Plozł, Radom, Suwalki und Warschau. Zu ihnen würde nach den bisherigen Nachrichten also Galizien treten, ohne daß indes die territoriale Abgrenzung des galizischen Zuwachses bereits näher gekennzeichnet wäre. Vor allem ist die Zuweisung des ruthenischen Ostgalizien noch völlig unentschieden. Geschieht sie, so würde damit im Südosten die Einheit des polnischen Nationalstaates durch ein unruhiges, bedenkliches Element arg gestört sein.

Demnach wird zunächst das Ausmaß Polens in folgenden Zahlen zu fassen sein (nach „Goth. Hofkal.“ 1917):

Kalisch . . . . .	11 374 qkm,	1 342 400 Einwohner
Kielze . . . . .	10 093 "	1 029 800 "
Lomza . . . . .	10 442 "	819 700 "
Lublin . . . . .	14 331 "	1 481 000 "
Petrikau . . . . .	12 249 "	2 097 900 "
Plozł . . . . .	9 446 "	786 000 "
Radom . . . . .	12 352 "	1 180 200 "
Suwalki . . . . .	12 551 "	718 000 "
Warschau . . . . .	17 520 "	2 792 600 "

Russisch-Polen\*) . . . . . 113 819 qkm, 12 247 600 Einwohner

Dazu treten unter den angedeuteten Vorbehalten:

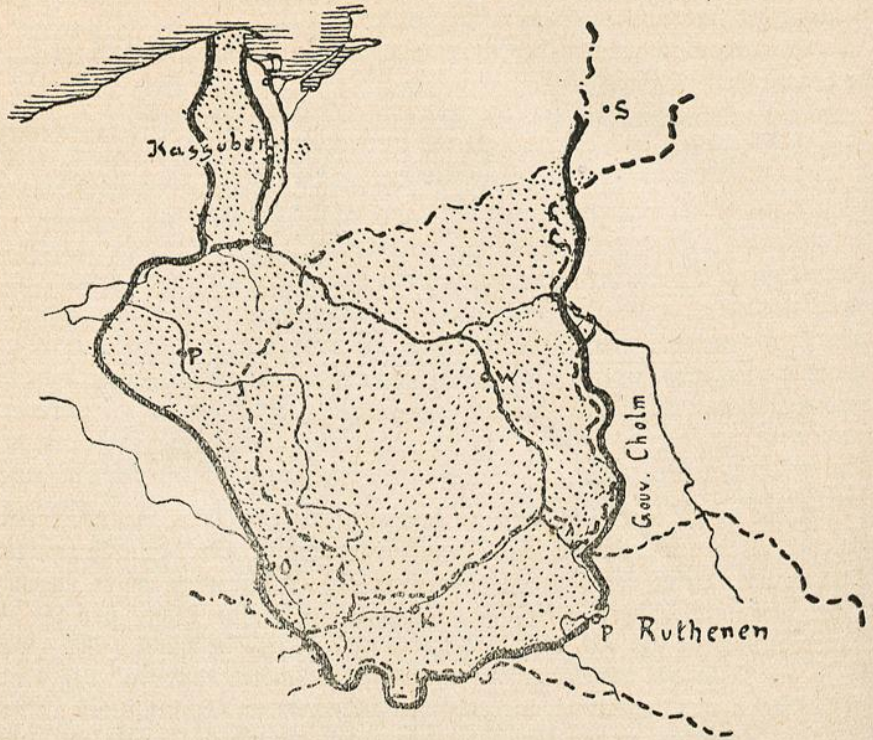
Galizien . . . . .	78 500 qkm,	8 211 770 Einwohner
Gouvernem. Grodno . . . . .	38 669 "	2 048 200 "

Polen würde in diesem Umfange von mehr als 230 000 Quadratkilometern etwa der Größe des linkselbischen Deutschland nördlich der Main-Nahe-Linie gleichkommen. Seine Bewohnerzahl von mehr als 22 Millionen würde ungefähr der der fünf linkselbischen preussischen Provinzen und eine Dichte von 98 auf 1 Quadratkilometer ergeben, die die Bayerns (91) übertreffen würde. Polen wird also in die Reihe der mittelräumigen europäischen Staaten eintreten, von denen ihm Bulgarien und Ungarn mit Siebenbürgen beiderseits am nächsten stehen werden.

Das bemerkenswerteste räumliche Kennzeichen des neuen Staates ist, gleichviel, welche der oben genannten Teile noch ausgeschieden werden, seine vollkommene Binnenlage, die es unter den größerräumigen Staaten Europas, wenn man von dem eng mit Österreich verbundenen Ungarn absieht, nur mit der Schweiz und mit dem alten Serbien teilt. Nichts als diese Tatsache vermag schärfer seine innere Abhängigkeit von den großen Nachbarn zu kennzeichnen, eine Abhängigkeit, die nach dem bisherigen Entscheid der Mittelmächte einseitig österreichisch sein soll. Aber es ist klar, daß diese einseitige Festlegung nicht organisch ist, weil einem Binnenstaat naturgemäß immer die Gefahr droht, von allen seinen

\*) Zu den neun Gouvernements wird vielfach noch Sjedlez als zehntes hinzugefügt. Es ist aber zu bemerken, daß 1913 seine Aufteilung erfolgte, und zwar nach dem Nationalitätenprinzip: der westliche, polnische Teil kam zu Lublin, der östliche russische wurde mit dem gleichfalls östlichen russischen Teil von Lublin zum russischen, also außerpolnischen Gouvernement Cholm vereinigt.

Nachbarn zerdrückt zu werden. Dagegen kann auch eine politisch festgelegte Bindung, wie sie hier geschehen ist, bei der Wandelbarkeit jeder Politik nichts helfen. Organisch wäre die Verbindung mit Deutschland weit besser gewesen. Jedenfalls liegt in der Einpressung und Umklammerung der Keim zu weiteren politischen Entwicklungen; denn ein moderner Staat kann, wenn er selbständige Politik treiben will — und Polen drängt dahin wieder — sie nur in engster unmittelbarster Verbindung seiner wirtschaftlichen Werte mit dem Weltverkehr treiben, d. h. er muß Anschluß an das Meer zu gewinnen suchen. Wohin das bei einer



Die punktierte Fläche stellt das polnische Nationalgebiet dar, die gestrichelten Linien geben die deutsche Reichsgrenze, die Grenze Galiziens und die Ostgrenze der russisch-polnischen Gouvernements, die starke ausgezogene Linie ist die Linie der vollen Auswertung der politischen Idee.

starken Nachbarschaft führt, beweist Serbien. Aber andererseits wäre es falsch, das Beispiel der Schweiz anzuführen, die trotz Einklammerung der Aufteilung und Zerdrückung entgangen ist. Hier liegen so gänzlich anders geartete geographische Bedingungen des Bodens, der Bewässerung, der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Kräfte vor als in Polen, daß ein Vergleich nicht angängig ist.

Die österreichische Lösung der polnischen Frage im angestrebten Sinne einer Personalunion mit dem Hause Habsburg ist die Voraussetzung für die Eingliederung Galiziens in den polnischen Staat. Man muß sich aber von vorn herein klar sein, daß diese österreichische Orientierung den in Polen wirksamen

geographischen Grundlagen geradezu ins Gesicht schlägt. Und sie haben sich in der Entwicklung eines Landes immer stärker erwiesen als der Machtpruch eines Fürsten oder, wie hier, zweier Staatswesen. Die beabsichtigte Angliederung an Österreich geschieht ohne jede Berücksichtigung der geographischen Bedingnisse des neuen Staates, die in seinem Boden und in seinen von der Natur gegebenen Verkehrsrichtungen gegeben sind. Es ist eine Versündigung wider die Natur, für die eine Strafe in politischen Verwickelungen unausbleiblich sein muß; denn auf dem Boden und seinen Werten einschließlich der natürlichen Verkehrsmöglichkeiten beruht nicht nur die Lebensfähigkeit des Staates, sondern letzten Endes überhaupt seine Daseinsberechtigung. Ein Staat, dem durch politischen Zwang die Richtung seiner Lebenswirkungen entgegen ihrem natürlichen Drange vorge-schrieben wird, ist wirtschaftlich gebunden und in der vollen Auswertung seiner natürlichen Kräfte gelähmt; er ist zu einem Scheinleben verurteilt, weil ihm die Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Quellen und Kräfte in ihrer natürlichen Richtung versagt ist.

Polen ist wirtschafts- und verkehrspolitisch nach Westen und Norden gewendet, nach Deutschland und der Ostsee, nicht nach Süden, nach Österreich und der Donau. Das ergibt sowohl die orographische Gestaltung seiner Grenzräume wie die Ausgestaltung seines Flußnetzes und des durch die natürlichen Verhältnisse des Bodenaufbaues bedingte Linienführung seines Netzes künstlicher Verkehrsstraßen.

Die Sperre des Karpathenwalls im Süden, vor dem der polnischen Welle von der Natur Halt geboten wurde, und die der Moskiosümpfe des Pripet im Osten, obwohl sie nicht den unmittelbaren natürlichen Grenzsaum bildet, ist auch seit alters verkehrsgeographisch wirksam. Die Pripetsümpfe öffnen nur eine über Pinsk ostwärts führende Straße, der Karpathenwall nur drei beschwerliche Paßstraßen südwärts nach Ungarn. Lediglich zwischen beiden Grenzsperrern weisen die zum Schwarzen Meer entwässernden Flüsse zahlreiche offene Wege gegen Südosten. Die territoriale Entwicklung des alten Polens mit seiner breiten, zwischen Dnjepr und Dnjestr in die Ukraine eindringenden Zunge läßt deutlich genug die politische Wirkung der östlichen und südlichen Grenzsperrern erkennen.

Ausschlaggebend ist bei einer Anlehnung Polens an Österreich die Verbindung mit den habsburgischen Landen. Lediglich zwischen den Beskiden und den Subeten öffnet die Mährische Pforte einem künstlichen Schienenweg den Einlaß von Polen unmittelbar nach Österreich und umgekehrt; jede andere natürliche, durch das Flußnetz vorgezeichnete Verbindung fehlt. Um so stärker tritt sie aber nach Norden und Westen in Erscheinung. Weichsel und Warthe zwingen Polen, wirtschaftlich unbedingt Anschluß an das Deutsche Reich zu gewinnen. Aber haben wir ein Interesse, dieser wirtschaftlichen Stromrichtung, mit der die politische, gleichgerichtete Begehrlichkeit gar zu leicht wächst, Vorschub zu leisten, wenn wir nicht unmittelbar an der Wirtschaft und ihrem weiteren Ausbau beteiligt sind, sondern Österreich seinerseits vermutlich alle Hebel in Bewegung setzen wird, die polnischen wirtschaftlichen Kräfte nach Süden zu lenken? Und doch kann Polen zu einem wirtschaftlichen Aufwärtsschreiten nur kommen, wenn es den natürlichen Wirtschaftslinien, die Aufbau und Stromrichtung angeben, folgt, d. h. an Deutschland seine wirtschaftliche Anlehnung erstrebt. Zwischen den Beskiden und dem unteren

Weichselknie öffnen sich die polnischen Landschaften frei und zwangslos dem ostdeutschen Tiefland; der Wirtschaftsstrom kann hier frei von Ost nach West und von West nach Ost fluten, die alten gleich gerichteten Urstromtäler zwischen den östlichen Obernebenflüssen und der Warthe, die bis an den großen Ostweichselbogen mitten im Herzen Polens ausgreifen, unterstreichen noch ausdrücklich diese natürliche Flutrichtung der wirtschaftlichen Gemeinschaftsnotwendigkeit. Kanalbau- und Eisenbahnhindernisse bestehen nirgends; wenn die Verbindungen bisher auf drei Eisenbahnlinien beschränkt blieben und die Schifffahrtsverbindung lediglich durch Warthe und Weichsel aufrechterhalten wurde, so beruhten diese Verhältnisse zum großen Teil auf der von Rußland in Polen befolgten einseitigen Ausbeutungspolitik. Auch Nordpolen drängt geradezu nach einer besseren Straßenverbindung zu Land und zu Wasser aus dem Bug-Narewgebiet in Richtung auf die preußische Seenplatte als Vermittlerin zur Ostsee. Bestanden doch bisher nur zwei nicht vollwertige Eisenbahnverbindungen! Die Weichsel bildet bis heute die einzige Hauptschlagader des Wirtschaftslebens und Polen bedarf ihrer weiter. Es würde genau so erstickend, wenn sie plötzlich durchschnitten würde, wie wenn man den Wirtschaftsstrom auf die nach Süden gerichteten Eisenbahnstränge zwingen wollte, ganz abgesehen davon, daß eine solche Stromablenkung bei dem Massengut der Holzausfuhr und bei zahlreichen anderen der reichen gewerblichen Tätigkeit eine technische Unmöglichkeit sein würde. Eine österreichisch orientierte Zollpolitik würde dieser tatsächlich in Wirklichkeit nicht durchführbaren Verkehrsumkehrung aber nahe kommen.

So schließt die Verwirklichung des polnischen Nationalstaates als Verkörperung der politischen Idee von vornherein eine Kampfanlage sowohl an Österreich wie an Deutschland in sich. Dem habsburgischen Reich gegenüber sind es wirtschaftspolitische Widerstände, dem Deutschen Reich gegenüber ethnopolitische. Die polnische Wirtschaftspolitik wird durch die Gewalt der Naturverhältnisse nach Deutschland orientiert sein müssen, die Staatspolitik verlangt eine nach Österreich gewendete Richtung; andererseits fordert die polnische politische Idee von Deutschland die Loslösung der im Osten des Reiches ansässigen Dreimillionenbevölkerung polnischer Nation aus dem deutschen Verbands, die Wirtschaftspolitik Polens hinwiederum kann nur im Einvernehmen mit Deutschland zur Erhaltung und Stärkung des neupolnischen Reiches betrieben werden. Staatspolitik und Wirtschaftspolitik sowohl Polens selbst als auch der beiden Mittelmächte dem neuen Staat gegenüber geraten hier in einen Widerstreit, in dem es schlechterdings bei Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes eine Lösung nicht gibt.

Rußland gegenüber bestehen auf ethnographische oder wirtschaftliche Verhältnisse sich gründende Reibungsflächen überhaupt kaum, wenn die innerpolitische Wandlung in Rußland, die die Selbständigkeit seiner Nationalitäten verbürgt, ihrem vorgezeichneten Ziele beharrlich entgegenstrebt. Eine russische Bundesrepublik in sich geschlossener Nationalstaaten kann einem in den oben unrisenen Formen geplanten Polen auf wesentlich nationaler Grundlage nichts in den Weg legen; es sei denn, daß die von den Mittelmächten in Aussicht genommene Umgrenzung tatsächlich das ruthenische Ostgalizien und das litauische Gebiet nördlich Suwalki—Grodno einbezöge, wodurch mit den nachbarlichen, durch natürliche Grenzflächen nicht getrennten russischen Nationalstaaten allerdings Reibungsflächen geschaffen

würden, und zwar aus dem gleichen Grunde, aus dem sie zwischen Deutschland und Polen bestehen bleiben, weil in der Verkörperung der nationalen politischen Idee ein Teil der von ihr zu umschließenden Bevölkerung außerhalb dieser Verkörperung verbliebe. Eine andere Frage ist es, ob nicht der gesamt-russische Staat in Zukunft wieder ein starkes Begehren zeigen wird, das wirtschaftlich hochstehende Polen zu sich herüberzuziehen. Waren doch die polnischen Gouvernements die dichtestbevölkerten Rußlands (Petrikau 158, Warschau 142, Kielze 96), während die Industrie Polens zu der höchstentwickelten Rußlands zählte! Die slawische Abstammung begünstigt eine östliche Wendung Polens ohnehin; die Gründe, die Polen einst zwangen, sich aus der russischen Folter zu befreien, sind mit der Umwandlung Rußlands zum guten Teil geschwunden. Es läge heute für Polen kaum noch ein Grund vor, eine neue Annäherung an den neugestalteten russischen Gesamtstaat nicht zu erstreben. Wird diese in Polen schon jetzt lebendige Unterströmung zur Hauptströmung, so werden die dem neuen Staat neues Leben einhauchenden Mittelmächte abermals verwickelten Schwierigkeiten in der polnischen Frage gegenübergestellt.

Wenn der polnischen Nation etwa die Frage vorgelegt würde, welche politische Stellung der Staat den drei Grenznachbarn gegenüber einzunehmen gedente, welche Angliederung etwa — nach Westen, Osten oder Süden — die genehmteste sein würde, so könnte die gegenwärtige Antwort auf die Frage kaum zweifelhaft sein. Sie würde auf volle Selbständigkeit lauten. Da nun aber die Mittelmächte die Lösung der polnischen Frage in die Hand nahmen und ihr politisches Ziel auf eine mitteleuropäische Angliederung Neu-Polens gerichtet war, so trennten sich naturgemäß die Polen in zwei Lager: hie Deutschland, hie Osterreich! Wenn schließlich die letzteren Stimmen führend zu werden und sie allmählich den Ausdruck der allgemeinen Stimmung in Polen zu geben scheinen, so kann man sich angesichts der Tatsache, daß weder natürliche, noch ethnische, noch wirtschaftliche Verhältnisse — es sei denn allein die polnische Begehrlichkeit auf Galizien — Polen mit Osterreich verbinden, des Eindrucks kaum erwehren, als ob man in Polen die österrische Angliederung als eine Art politischer Zwischenstellung betrachte. Man scheint fast der Hoffnung zu leben, daß die nationale Vielspältigkeit der habsburgischen Lande einen sehr erwünschten, weniger festen Anschluß gewährleiste, als er wohl durch eine Angliederung an das Deutsche Reich erreicht worden wäre. Der gegenwärtig neu eingetretene Zustand wäre dann nur als eine vorübergehende Form anzusehen, aus der sich leicht die volle politische Selbständigkeit entwickeln ließe.

Ob diese Stimmen recht behalten, kann erst die Zukunft lehren; aber sie sind als Richtlinien einer national-polnischen Politik bezeichnend genug.

Auch politisch-geographische Betrachtungen lassen also Polen in seiner neuen Form, die in etwas überstürzter Hast nach den ehernen Schlägen der Mittelmächte im Osten ohne allzu große Rücksicht auf die in der Natur des Landes gegebenen Bedingungen erstanden erscheint, als die Sphinx erkennen, die der mitteleuropäischen Politik noch manches nur schwer zu lösendes Rätsel aufgeben wird.